

# DIE ZEIT

MACHER & MÄRKTE

## Haushalt: Privates Geld

Die Regierungskoalition will gemeinsam mit deutschen Banken ein Beratungsunternehmen schaffen, um die private Finanzierung öffentlicher Investitionsvorhaben, sogenannter Public Private Partnerships (PPP), voranzutreiben. Die Gründung der »Partnerschaft Deutschland Gesellschaft AG (PDG AG)« ist vom Kabinett schon abgesegnet, muss aber noch durch den Haushaltsausschuss. Die Initiative war von einer Gruppe aus 13 Banken ausgegangen, darunter Commerzbank, Deutsche Bank, Helaba und HSH Nordbank. Nach einem Papier, das der *ZEIT* vorliegt, sollen die Anteile der PDG AG zu 50,1 Prozent bei der öffentlichen Hand liegen. Laut Plan soll die Gesellschaft anfangs mit 21 Experten Bund, Länder und Kommunen über die Möglichkeiten von PPP aufklären und sie bei der Prüfung und Ausgestaltung konkreter PPP-Projekte beraten. Während etwa in Großbritannien bis zu 15 Prozent der öffentlichen Investitionen – etwa in Autobahnen, Tunnel oder Schulen – in Form von PPP umgesetzt werden, sind es hierzulande bislang nur vier Prozent. Die Koalition will diese Quote mit Hilfe der neuen Beratungsgesellschaft hochtreiben. Die Initiatoren rechnen mit einem Kapitalbedarf von 25 Milliarden Euro über die kommenden fünf Jahre. Der Bundesverband PPP, laut eigenen Angaben das größte deutsche Netzwerk von PPP-Spezialisten, ist allerdings wenig begeistert, Vorstandsmitglied **Martin Schellenberg** warnt: »Aus Sicht unserer Mitglieder ist es wichtig, dass das nicht zu einer Marktverengung für PPP-Beratung führt.«

**SOB**

**DIE ZEIT, 23.08.2007**

35/2007